

NORBERT DIEHL

## Heimat und Schule

### „Die Schule im Dorf lassen“

Die Zeiten, da Kirche(n) und Schule das Gesicht auch der kleinen Gemeinde prägten, sind vorbei. Kirchen als feste Bauwerke mögen ihren Platz behalten haben, aber nicht nur in der Diaspora müssen die Kirchengemeinden über die Ortsgrenzen hinaus kooperieren; die Schule ist längst aus vielen Gemeinden verschwunden, wie das Lebensmittelgeschäft, die Poststelle oder der Bahnhof. Wohlfeile Klagen über den gegenwärtigen *Werte-Verfall* denunzieren diese Veränderungen und verschenken Chancen, wie die Gemeinwesen in der Welt von heute und morgen wieder eine Mitte finden können, die Ruhe und Orientierung bietet und zugleich Individualität (*Selbstständigkeit & Widerständigkeit*) wie Sozialität (*Engagement & Rücksicht*) ermöglicht.

Das Verschwinden der örtlichen Schule ist geschehen, obwohl heute mehr denn je Eltern am Bildungsweg ihrer Kinder interessiert sind und Mütter wie Väter sich engagieren in Elternvertretungen vom Kindergarten bis zu den weiterführenden Schulen oder zu Fördervereinen zusammenschließen. Für viele Eltern macht die Begleitung der Schullaufbahn ihrer Kinder einen großen Teil ihres Zeitbudgets aus. Nicht wenige aber sind zur Schule auf Distanz gegangen, weil sie ihre Kinder bereits im gesellschaftlichen und beruflichen Abseits sehen, sie nehmen Schule als eine staatliche Bewahranstalt wahr, der sie für einige Stunden am Tag ihre Kinder überlassen.

Für die Lebendigkeit eines Gemeinwesens ist der Wert, den die Bürger den lokalen Bildungseinrichtungen beimessen, ein vorzüglicher Gradmesser. Wo die Schule *das Dorf verlassen* hat oder nur der kleinere Rest eines Geburtsjahrganges an der örtlichen Schule verbleibt, wirken das Engagement der Eltern und die Lebensperspektiven der Kinder kaum noch als Impulse für das Gemeindeleben.

Die folgenden Analysen und Überlegungen wollen nicht dazu ermuntern, Entwicklungen zurückzudrehen und die Schule wieder *ins Dorf* zu holen; sie wollen vielmehr beschreiben und begründen, auf welche Weise die bestehenden Schulen und Bildungseinrichtungen zur Qualität eines von interessierten und aktiven Bürgern getragenen Gemeinwesens beitragen können. Anfänge sind dazu gemacht, manche Weichen sind richtig gestellt, 50 Jahre Demokratie in Rheinland-Pfalz haben die verschiedenen Regionen in unserem neu geschaffenen Land verändert und einander angenähert.

Bildung aber tut weiterhin Not; nicht nur um die Fähigkeiten der Individuen zu entfalten oder Wirtschaft, Wissenschaft und Technik das notwendige *human capital* zur Verfügung zu stellen. Auch die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Landes und seiner Gemeinden lebt entscheidend von materiellen und ideellen Investitionen in die Bildung. Bürgerengagement, Kommunikation oder Toleranz entstehen nicht aus dem Nichts, ihnen Raum zu geben, findet nicht von vornherein allgemeine Zustimmung, der Blick über Beschränkungen und Grenzen, Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten muss erlebt und geübt werden.

### Assoziationen und Klärungen

*Heimat und Schule* lösen unterschiedliche Assoziationen aus; hält der Begriff *Schule* nur mühsam zusammen, was individuelle *Schul-Erfahrungen* in Kindheit und Jugend oder was Eltern von Schülern mit ihm verbinden, so verlangt *Heimat* erst recht eine Verständigung darüber, was sie in Herz, Gemüt und Verstand zum Klingen bringt.

*Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor der Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radi-*

*kal werden, das heißt, sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.*

Wie weit ist dieses im *Prinzip Hoffnung* gründende Bekenntnis unseres pfälzischen Landsmannes Ernst Bloch entfernt von den *süßen* Bildern und inhaltsleeren *Heimat-Idyllen*, womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lämmel (Heinrich Heine)! Wie deutlich ist hier der Kontrapunkt formuliert zu Eduard Sprangers *volkstümlicher Bildung: Heimat ist erlebte und erlebbare Totalverbundenheit mit dem Boden. Und noch mehr: Heimat ist geistiges Wurzelgefühl* (so im 1923 veröffentlichten und 1949 als Reclam-Heftchen weit verbreiteten Vortrag *Der Bildungswert der Heimatkunde*). Wie leicht und wie anders als in der bis in die Frühzeit der Bundesrepublik propagierten *Heimatkunde* und *Heimaterziehung* ließen sich *Nation* und *Volk* als Vereinigungen von Bürgern begreifen, die sich ihrer Individualität, Solidarität und Souveränität bewusst werden!

Es sind gerade zehn Jahre her, dass mit der Parole *Wir sind das Volk!*, die Menschen in der untergehenden DDR selbstbewusst die Melodie aufnahmen, welche die Amerikaner 1776 und der *Dritte Stand* 1789 beschworen und dann machtvoll gegen die Obrigkeit umgesetzt hatten. Als sie aber wenig später *Wir sind ein Volk!* anstimmten, klang dies schon wie das Pfeifen im dunklen Wald.

*Gegebenheiten umzubilden und zu überholen*, dazu bietet auch unsere Zeit viele Gelegenheiten: Schule und Heimat, Bildung und Volk in einer demokratisch orientierten Gesellschaft wieder zusammenzubringen, ist eine solche Aufgabe. Davor sei aber noch von einigen historischen Erfahrungen und Strukturen gesprochen, die ihre Wirkung noch nicht ganz verloren haben.

## **Von den Schwierigkeiten, die Schule zur „Schule der Nation“ zu machen**

Willy Brandt hat mit seinem pointierten Satz *Die Schule der Nation ist die Schule!* im doppelten Sinn den Nagel auf den Kopf getroffen: Keine Einrichtung unseres Staates erreicht über Jahre alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Milieu. Von keiner anderen Einrichtung hängt es so sehr ab, ob aus Kindern und Jugendlichen Bürger werden. Dazu trägt das rheinland-pfälzische Schulgesetz der Schule auf, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zur *freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zur Orientierung in der modernen Welt* zu befähigen, in ihnen *Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt* zu entwickeln und sie zur *Erfüllung der Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Beruf* anzuleiten.

In den Jahrhunderten nach der Reformation hat die Verbindung von *Thron und Altar*, ein ehemals stabiles Bauelement der mittelalterlichen *Christianitas*, einen Funktionswandel erlebt. Dieses Bündnisses hält der Kampf gegen Individualität, Freiheit und Demokratie zusammen. Die Schulen, vor allem die höheren Schulen und die Lehrerbildungsanstalten, aber auch die Volksschulen werden zur Arena dieser Auseinandersetzung.

Deshalb duldet der Berliner Bischof Eylert, ein enger Vertrauter Friedrich Wilhelms IV., in seiner Denkschrift *Über das Verderben der jetzigen Zeit und Vorschläge, wie demselben entgegengesteuert werden könne* in den Volksschulen außer Bibel, Katechismus und Gesangbuch nur ein *zweckmäßiges Lesebuch*, damit die Elementarschulen nicht zu *Bauernuniversitäten* werden. Nach der Revolution von 1848/49 entläßt sich der Zorn des Königs vor allem gegen die Lehrer: *All das Elend, das im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen, ist ihre, einzig ihre Schuld, die Schuld der Afterbildung, der irreligiösen Massenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben und die Treue in dem Gemüthe meiner Unterthanen ausgerottet und deren Herzen von mir abgewandt haben.*

Im Laufe des 19. Jahrhunderts geraten Staat und Kirche über die Schulaufsicht miteinan-

der in Streit. Die Aufsicht der katholischen und protestantischen Pfarrer über die örtlichen Volksschulen, in den katholischen Gemeinden Rhein Hessens seit 1816 gebrochen durch die protestantische Konfession des Darmstädter Landesherrn, muss schließlich dem staatlichen Schulregiment weichen, das vor allem in Preußen während des Kulturkampfes vorangetrieben wird.

Eine neue Variante propagiert die Schulpolitik unter Wilhelm II., der nach der gescheiterten Repression gegen die beständig wachsende Sozialdemokratie durch die Sozialistengesetzgebung den *Neuen Kurs* zur Integration des Proletariats proklamiert: *In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben.... Die Schule muss bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, dass die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihrer Konsequenz dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.* Es ist kein Zufall, dass der Kaiser selbst mit einer programmatischen Rede die Berliner Schulkonferenz vom Dezember 1890 eröffnet.

Als im November 1918 all das vorbei zu sein scheint und die Hauptakteure auf Dauer oder fürs Erste nach Holland oder Schweden desertieren, versuchen die Parteien der *Weimarer Koalition*, SPD, Zentrum und die Liberalen, die Schule in den Dienst des Aufbaus eines demokratischen Staates zu stellen. Dieses Unterfangen scheitert nicht erst in den dreißiger Jahren. Da die Republik von Anfang an im Bunde mit den *alten Mächten* steht und die demokratischen Parteien gerade in der Schulpolitik zerstritten sind, enden die demokratischen Schulreformen bald auf dem Boden der Machtverhältnisse. Die 1918 in Preußen eingerichtete *Schüler-Selbstverwaltung* wird von Erlass zu Erlass entpolitisiert und ausgehöhlt. Parteien und gesellschaftlichen Verbände, insbesondere die beiden großen Kirchen und die Rechtsparteien,

missbrauchen das Elternrecht und die Elternvertretungen für den Kampf gegen Republik und Demokratie. Bereits zu republikanischen Zeiten sind allenthalben in Schule, Lehrerbildung und Erziehungswissenschaft nationalistisches und antiparlamentarisches Erbe, völkische Traditionen sowie antimodernes und antiintellektuelles Denken mit den Leitbegriffen *Heimat* und *Volksgemeinschaft*, *Führer* und *Autorität*, *Volk* und *Deutschtum*, *natürliche* und *organische Gliederung* unübersehbar.

So kann der Nationalsozialismus die Schule, ohne auf nennenswerten Widerspruch oder Widerstand zu stoßen, für seine rassistischen, militärischen und autoritären Zwecke instrumentalisieren.

### **Entwicklung des Schulwesens in Rheinland-Pfalz seit 1947**

Die schulpolitischen Festlegungen der rheinland-pfälzischen Landesverfassung vom 18. Mai 1947 und die damit verbundenen schulpolitischen Auseinandersetzungen lassen sich nur vor dem Hintergrund der Weimarer Schul-Kompromisse und den moralischen Zerstörungen durch die nationalsozialistische Diktatur verstehen: Elternrecht, Mitwirkung der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, christliche Gemeinschaftsschulen, konfessionelle Bekenntnisschulen, Religionsunterricht, konfessionelle Lehrerbildung für das niedere Schulwesen (Volksschulen), Gleichberechtigung des klassisch-humanistischen Bildungsideals im höheren Schulwesen werden schließlich verfassungsrechtlich verankert. Aber in der Volksabstimmung über die Verfassung im allgemeinen (Land: 53 %, Rheinhessen: 46,8 % Ja-Stimmen) und über die Schulartikel im besonderen (Land: 52,4 %, Rheinhessen: 33 % Ja-Stimmen) zeigt sich Rheinland-Pfalz als ein - vor allem konfessionell-ideologisch - gespaltenes Land.

### **Das Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974**

Als in den Jahren 1968/69 die Altmeier-Ära zu Ende geht, haben sich auch die umstrittenen Bestimmungen über Schule und Lehrerbildung überlebt. Der gesellschaftliche und kulturelle Wandel und mutige politische

Entscheidungen, wie im Falle der Aufhebung der Bekenntnisschulen unter Helmut Kohl, erneuern das Land an Rhein, Mosel, Lahn und Sieg umfassender, als es Journalisten in Hamburger Redaktionen wahrzunehmen im Stande sind. Sie schreiben noch Jahrzehnte später vom *Land der Rüben und Reben*, dessen historische und politische Geographie ihnen wohl immer ein Rätsel bleibt.

Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes können neun Gesetze und elf Landesverordnungen aufgehoben werden. Durch bis heute insgesamt 15 Landesgesetze erfährt das Schulgesetz zahlreiche Änderungen. Neben Gesetzes-Novellen, die vor allem Schulträgerschaft und Schülerbeförderung betreffen, machen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes oder Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (Gymnasiale Oberstufe, Sexualerziehung, Datenschutz, Anerkennung von Abschlüssen und Hochschulzugangsberechtigungen) sowie landespolitische Akzente in Sachen Lehrmittelfreiheit, *Mitwirkung von Schülern und Eltern sowie deren Vertretungen* oder Einführung der *Regionalen Schule* Ergänzungen oder Änderungen des Schulgesetzes erforderlich.

### **Bilanz und Perspektiven**

Seit den Siebziger Jahren hat sich das Schulwesen in Rheinland-Pfalz entwickelt und zugleich stark verändert:

- Die Gründung neuer Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sowie die in vielen Punkten zu kritisierende *Schülerbeförderung* lassen die meisten Kinder und Jugendlichen ein breites Schulangebot in erreichbarer Nähe vorfinden.
- Die Errichtung Regionaler Schulen und die Erweiterung der Bildungsgänge an den Berufsbildenden Schulen machen höhere Schulabschlüsse für immer mehr Schülerinnen und Schüler möglich.
- Die Durchlässigkeit des Schulsystems ist in einem Maße gewährleistet, dass weniger die Abschottung der Schularten als das *Surfen* durch die Bildungswege problematisch wird.

- Die Schulen haben durch Schulpartnerschaften und im Zuge der europäischen Einigung ihren Horizont erweitert und nehmen zugleich das eigene Umfeld und die eigene Region mit anderen Augen in den Blick. Man folgt nicht mehr dem Prinzip *vom Nahen zum Fernen*, sondern lernt die Weite und Tiefe des scheinbar Bekannten und die verborgene Vertrautheit des Fernen und Fremden zu sehen. Die Trennung von Theorie und Praxis, ein Unterscheidungsmerkmal der Schularten im traditionellen Schulwesen, beginnt sich zu lockern.

Wer die Leistungsfähigkeit der heutigen Schule beklagt, in dem er sie mit der früheren vergleicht, gibt sich oft keine Rechenschaft über seine Vergleichs- und Güte-Maßstäbe und berücksichtigt nur selten den gesellschaftlichen Wandel. Die Klagelieder der Alten, von den Eltern und Lehrern, über die Ausbilder und Personalchefs bis hin zu den Hochschulen, haben eine jahrtausendalte Tradition: sie sind wohlfeil, häufig einäugig und meist ungerecht.

Auf der schulpolitischen und pädagogischen Agenda für die nächsten Jahre steht an oberster Stelle die größere Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Schule. Erfahrung und Wissenschaft sind sich längst darin einig, dass die Qualität einer Schule weniger von der Schulform als von dem pädagogischen Engagement der Lehrer, der Verbindlichkeit gemeinsam von Lehrern, Schülern und Eltern vereinbarter Regeln und programmatischen Schwerpunkte sowie von der gegenseitigen Achtung und Kommunikation der an Schule Beteiligten abhängt.

Probleme und Widersprüche lösen sich dennoch nicht *in Wohlgefallen* auf: So hat die Hauptschule nach einer Phase der Stagnation zwar pädagogisch an Profil gewonnen, ohne dass Eltern und Schüler dies mit einem quantitativ höheren Zuspruch quittiert hätten. Es hat den Anschein, dass die zukünftige Entwicklung auf das Nebeneinander von integrierten Schulen (Regionale Schule und Gesamtschule) und einem veränderten gegliederten Schulwesen hinaus läuft. Als - wohl auf Dauer - problematisch erweist sich die

Vielfalt der Lebenswelten, -konzepte und -stile: Junge und Alte, Schüler und Lehrer, begegnen einander mehr denn je wie *verschiedene Rassen* (Tucholsky); die sozialen und kulturellen Milieus driften in einer Weise auseinander, dass Dolmetscherdienste immer schwieriger werden.

Die Beteiligung der Schüler und Eltern sowie ihrer Vertretungen an den schulischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen ist rechtlich relativ weit voran geschritten. Aber Schüler und Eltern nutzen noch zu wenig ihre rechtlichen Möglichkeiten oder erleben, dass sie von den Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrern nicht ausreichend informiert und beteiligt werden. Hier liegen Chancen für die Schule, die im Gemeinwesen (Gemeinde oder Stadtteil) wegen ihrer intellektuellen, persönlichkeitsfördernden, sozialen und sozialintegrativen

Leistungen *Rang und Namen* hat. Auch die Gemeinden lassen viele Ressourcen, über die die Schulen verfügen, brach liegen. Die künstlerischen werden zu festlichen Anlässen gerne in Anspruch genommen, andere für die politische und gesellschaftliche Entwicklung einer Gemeinde bedeutsamen fallen dem verengten Blick, der mangelnden Kommunikation oder der eingefahrenen Arbeitsteilung zu Opfer. Dabei sollten die Gemeinden und Kreise, um endlich vom *nervus rerum* zu reden, in die Schulen nicht weniger Geld investieren als in den öffentlichen Nahverkehr, dessen Mitfinanzierung ihnen dogmatische Schein-Privatisierer öffentlicher Aufgaben aufgehalst haben.

Aus: 50 Jahre Vereinigung der Heimatfreunde am Mittelrhein e.V., Idar-Oberstein 2000, S. 56 - 60